

II- 1445 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

9. Juli 1971

Präs.: \_\_\_\_\_

No. 766/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HALDER  
und Genossen

an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungs-  
reformkommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an  
die Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung  
am 23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende  
Vorschläge zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich  
erstattet:

**Hochschulen**

Stärkere Differenzierung der Hochschul-  
förderung unter Berücksichtigung der  
sehr unterschiedlichen Situation in sach-  
licher und personeller Hinsicht. Die  
Untersuchungen im Rahmen der neuen  
Abteilungen für Bildungsplanung und  
Bildungsstatistik sowie für Bildungsöko-  
nomie haben gezeigt, daß an den Hoch-  
schulen Lehrer- und Raumbedarf nicht  
linear, sondern sehr differenziert ge-  
staffelt sind.

Festsetzung einer Mindestlehrerverpflich-  
tung für Hochschullehrer.

Einhaltung der Genehmigungspflicht für  
Konsulenten- und Gutachtertätigkeiten  
sowie für Vortragsreisen und Teilnahme  
an Kongressen innerhalb der Zeit des  
Lehrbetriebes.

Maßnahmen zur Vereinfachung des Be-  
rufungsverfahrens.

Zusammenfassung gleichartiger Hoch-  
schul institute zu Großinstituten (turnus-  
weise Auswechslung des Vorstandes inner-  
halb der betreffenden Lehrkanzeln).

Koordinierung des Bibliothekswesens, ins-  
besondere bei Anschaffung von Schrift-  
werken.

Geräte-Pool: Anschaffung von technischen  
Einrichtungen, Instrumenten und Ge-  
räten für Zwecke mehrerer gleichartiger  
Hochschul institute, allenfalls auch inter-  
fakultär.

-2-

Konzentrierung des Verrechnungswesens nach einem einheitlichen Konzept im Sinne § 57 Hochschulorganisationsgesetz (die Zahlungsgeschäfte besorgt in jeder Hochschule eine Quästur unter Leitung des Rektors).

Straffung der Verwaltungsgeschäfte bei den Rektorats-, Dekanats- und Institutskanzleien bei gleichzeitiger Entlastung des lehrenden Personals.

#### Assistentenproblem

Da die Assistenten Bundesbeamte sind, auf die das Dienstrecht der Bundesbeamten der allgemeinen Verwaltung sinngemäß Anwendung findet, ist auch den Assistenten die Einhaltung der Dienstzeit zur besonderen Pflicht zu machen. Eine Vermehrung von Assistentenposten ist nur dort gerechtfertigt, wo eine Auslastung der schon vorhandenen Assistenten nachgewiesen wird<sup>1)</sup>.

#### An Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen:

Vereinfachungen bei Ansuchen um Stipendien sowie bei einer Reihe von dienst- und besoldungsrechtlichen Verfahren des Lehrpersonals (siehe Punkt 11,2. dieses Berichtes).

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifiziere, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

#### A n f r a g e :

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?

-3-

- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschläge der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen?